

„Kommunen stärken – weg von der Metropolpolitik“

Adlersberg (ar): Der Saal des Prössl-Bräus am Adlersberg war voll am Aschermittwoch. Eingeladen hatten die Freien Wähler zu ihrem inzwischen traditionell gewordenem politischen Aschermittwoch und erneut eine Vielzahl von Menschen mit dieser Veranstaltung erreicht. Ein Zeichen, daß das Interesse an den Freien Wählern und ihrer Politik nicht abnimmt. Begleitet vom Defiliermarsch betraten die politischen Vertreter das Rednerpult und nahmen mit klaren Worten zu diversen derzeitigen politischen Problemen sehr deutlich Stellung. Humor und Politik wurden an diesem Abend ganz nach bayerischer Lebensart vermischt, wie es Kreisrat Josef Bezold ausdrückte.



Zünftig spielte die Jugendkapelle der Pettendorfer Blasmusik beim Fischessen auf, die Stimmung bei den Anwesenden konnte nur als gut bezeichnet werden. Die Reden der politischen Vertreter waren quasi das Salz in der Suppe und zwischendurch lockerten die Hoderlumpn mit ihren unterhaltsamen musikalischen Einlagen die Veranstaltung noch weiter auf. Bereits in seiner Begrüßung sprach Pettendorfs Bürgermeister Eduard Obermeier die derzeit brisanten Themen kurz an, die dann von den Hauptrednern erneut aufgegriffen und intensiviert wurden. Angesichts der Zahlungen an die Bayerische Landesbank erinnerte er daran, was man mit diesem Geld alles im Freistaat hätte bewirken können. Nun könne man davon ausgehen, daß die

Bonuszahlungen der Landesbankmanager weiter steigen und diese Gelder dann auf Schweizer Konten transferiert werden, folgerte der Pettendorfer Bürgermeister. Die Landtagsabgeordnete Tanja Schweiger vermißte in diesem Zusammenhang den Aufklärungswillen bei der CSU, die Bayern durch ihren Machtmißbrauch „an die Wand gefahren“ habe.

Kritisches Resümee

Sparsam ging Schweiger mit ihrer Kritik an der CSU nicht um und gab bekannt, daß sie es leid sei, „der CSU immer wieder kooperative Zusammenarbeit im Sinne der Sache anzubieten und aufzulaufen“. Heuchlerisch sei die CSU, die „heute hü und morgen hot sagt“, leitete sie ihr politisches Resümee ein und kündigte eine „Generalabrechnung“ an. Mit zahlreichen Beispielen untermauerte sie ihre Aussagen. So führte sie unter anderem die Pendlerpauschale, den Kauf der Steuer-CD, die Jobcenter als Exempel an, die belegten, daß die CSU „auf der ersten Ebene ja, auf der zweiten Ebene nein“ sage um dann auf der dritten Ebene von all dem nichts mehr zu wissen. Sehr kritisch betrachtete die Rednerin die Landwirtschaftspolitik, die die Landwirte durch die Zuschußkonstellation in große Strukturen hineingetrieben habe und nun die Schuld an dieser Entwicklung ganz einfach den Landwirten zuweise. Als sehr problematisch stellte sie die neue EU-Schlachthygieneverordnung dar, da sie die Direktvermarktung durch die Vorschriften und den Bürokratismus stark erschwere und wiederum die Großstrukturen fördere, obwohl die

Fleischskandale nicht bei den kleinen Betrieben, sondern den Großbetrieben aufgetreten waren.

Gegen Schülertourismus



Im Bildungsbereich habe die CSU alles kaputt gemacht, kritisierte Schweiger weiter und erläuterte diese Aussage mittels der Hauruckumsetzung des inhaltsüberfluteten G8. Auf die Schulen ging später noch Kreistagsfraktionssprecher Josef Bezold ein. Er kritisierte, daß die Hauptschule nun nur den schöneren Namen „Mittelschule“ tragen soll, man jedoch mittels der neuen Module lediglich einen neuen „Schülertourismus“ schaffe, der der Ausbildung nicht förderlich sei. Ein Zentralschulhaus müsse her, wo die Schüler bei geringen Klassenstärken entsprechend gefördert werden können, forderte er. Auch die Polizeireform titulierte Schweiger als verfehlt, und wußte von einer ganzen Reihe fast schon komischer Beispiele für den „wiehernden Amtsschimmel“ zu

berichten. Gleichzeitig konstatierte sie, daß die CSU'ler, die „nicht auf der Brennsupp'n dahergeschwommen sind“, die Haltung ihrer eigenen „Parteisoldaten“ schon nicht mehr verstünden, wenn sie Anträge allein aus dem Grund ablehnen, weil sie von der Opposition kommen, um dann die Themen in einem eigenen Antrag wieder aufzugreifen.

Kommunen sind schwächstes Glied in der Kette

Als politische Organisation, die der Basis entstammt kritisierten alle Redner, daß die Kommunen als schwächstes Glied in der Kette zu stark belastet werden und allmählich ihren Aufgaben nicht mehr gerecht werden können. Tanja Schweiger hatte bereits in ihrer Rede die Systemrelevanz der Kommunen herausgestellt und in diesem Zusammenhang auf die von ihnen unterhaltenen Schulen, Kindergärten und weitere infrastrukturellen Einrichtungen verwiesen. Der Kreisvorsitzende und erste Bürgermeister von Laaber Willi Hogger erinnerte in diesem Zusammenhang an das von den Freien Wählern auf den Weg gebrachte Konnexitätsprinzip und kritisierte, daß es mittels der Umformulierung der Vorgaben in Empfehlungen und Vorschläge von der „Ministerialdemokratie“ immer wieder ausgehebelt wird. „Das Landesbank-Harakiri wird uns in voller Härte treffen“, blickte Hogger in die Zukunft der Kommunen und befürchtete, daß ihnen die verfassungsrechtlich zustehenden Finanzmittel noch weiter gekürzt werden. Die verstärkte interkommunale Zusammenarbeit zwecks der Effizienz vermißte Bezold, der im Vorfeld kurz diverse Themen aus dem Kreistag, wie zum Beispiel die Südspange, die Schulstandorte und die Umsetzung regenerativer Energien angesprochen hatte.



Die Bürger stünden weiterhin im Mittelpunkt der Freien Wähler versicherten alle Redner und Schweiger erinnerte daran, daß man sie schließlich auch als Dienstleister für das Volk gewählt habe. Generell sprach sie sich für die Stärkung der Regionalität aus und appellierte die Stärken jeder Region in jeder Hinsicht zu nutzen und zu berücksichtigen, ganz nach dem Motto „Stärkung der Kommunen und weg von der Metropolpolitik“. Josef Bezold konstatierte in diesem Zusammenhang, daß die FW die Kraft im Lande sei, die die Bodenhaftung behält

und Visionen verfolgt. "Wir haben die besten Leute, wir können den andere leicht das Wasser reichen", freute sich Schwaiger und konstatierte, daß die Freien Wähler die einzigen sind, die eine klare Linie vertreten und sowohl in den Kommunen als auch im Landtag die gleiche Meinung vertreten.

(Text und Fotos: Beate Arwanitaki-Mirbeth)